

## Die Zukunft ist auf dem Gefechtsfeld angelangt

Liebe Leserin, lieber Leser

«Kill Command», «Monsters of Man» oder «Armed» – nur drei von unzähligen Science-Fiction-Filmen, in den Zivilisten und Soldaten gegen Roboter kämpfen müssen. Was in den Hollywood-Produktionen noch als Fantasterei daherkommt, ist mittlerweile Realität geworden. Erst vor Kurzem machte ein Video die Runde, in welchem zu sehen ist, wie sich russische Soldaten ukrainischen Robotern ergeben.

Aktuell beherrschen vor allem fliegende Drohnen die Berichterstattung über den Ukraine-Krieg. Doch daneben kommen Wasserdrohnen zum Einsatz, die nicht nur die russische Flotte zu einem guten Teil von der Krim vertrieben haben, sondern von den Ukrainern zunehmend auf dem Dnipro eingesetzt werden.

Und wie in dem professionell inszenierten Video zu sehen ist, lancieren die Ukrainer auch verstärkt Roboter am Boden. Laut dem Film der Dritten Sturmbrigade kamen bei jenem Angriff bei Charkiw nur unbemannte Systeme zum Einsatz. Infanterie war erst beim Abführen der sich ergebenden Russen hinter den ukrainischen Linien zu sehen. Ob sich wirklich alles so abgespielt hat, lässt sich nicht unabhängig überprüfen. Doch klar ist, dass auf dem modernen Gefechtsfeld ferngesteuerte und durch künstliche Intelligenz unterstützte Kampfsysteme nicht mehr wegzudenken sind.

Das über zahlreiche Kanäle verbreitete Video ist aber auch ein Beispiel für die strategische Kommunikation im Informationskrieg. Es geht darum, auf der eigenen wie auf der gegnerischen Seite Wirkung zu erzielen, also um psychologische Kriegsführung. Hier soll die demonstrierte technologische Überlegenheit die Moral stärken, dort schwächen. Diese Aktion zeigt auch die zwei Seiten des Cyberkrieges. Zum einen die Auseinandersetzung im und um den virtuellen Raum, zum anderen die hochtechnisierte Kampfführung, die auf Computerisierung, Elektronisierung und Vernetzung basiert.

In diesem Heft zeigen verschiedene Autoren auf, wo die Schweizer Armee hinsichtlich Informationskriegsführung steht und wie künstliche Intelligenz zum Einsatz kommt und kommen kann. Doch nicht nur: Zwei gewichtige Stimmen weisen darauf hin, dass die Schweiz noch immer nicht realisiert hat, wie ernst die Sicherheitslage



Christian Brändli, Chefredaktor

christian.braendli@asmz.ch

auch für unser Land ist. In seinem letzten Interview als Armeechef hält Korpskommandant Thomas Süssli fest, dass sich hierzulande viele in einem falschen Sicherheitsgefühl wiegen. Und der frühere VBS-Vorsteher Samuel Schmid betont, dass es dringendst viel mehr Mittel für die militärische Verteidigung braucht.

Dieser Appell kommt nicht von ungefähr, beugt sich das Parlament doch in seiner bis zum 19. Dezember dauernden Session nicht nur über die Änderung des Militärgesetzes und die für die Rüstungsindustrie sowie unsere Armee essenzielle Änderung des Kriegsmaterialgesetzes, sondern vor allem über den Voranschlag. Dort geht es darum, dass die im europäischen Vergleich ohnehin schon äusserst dürftigen Mehrausgaben für die Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit nicht wieder zusammengestrichen werden.

Eigentlich gibt es ermutigende Signale aus beiden Räten respektive deren Sicherheitspolitischen Kommissionen. So bringt etwa die nationalrätliche Kommission die «Munitionsmilliarde», die zuvor in beiden Räten sang- und klanglos untergegangen ist, per Motion zurück ins Spiel. Die Kommission will die Luftverteidigungssysteme «und die Munition in der ausreichenden Menge beschaffen», die auch zum Schutz vor grossen Drohnenzahlen notwendig sind. Die wiederholten Drohnenflüge über europäischen Flughäfen und Sicherheitseinrichtungen – mutmasslich von Russland gesteuert – scheinen die Räte nun doch etwas sorgenvoller werden zu lassen.

Vielleicht hat ja mein diesjähriges Ceterum censeo an die Adresse der politischen Entscheidungsträger doch irgendwo Gehör gefunden: Ich bin der Meinung, dass es Pflicht – und gemäss Bundesverfassung Schuldigkeit – des Bundesrates und des Parlamentes ist, die Finanzierung und Alimentierung einer kriegstüchtigen Armee sicherzustellen. Ebenso wichtig ist der Erhalt einer eigenen Rüstungsindustrie – siehe Revision des Kriegsmaterialgesetzes.